



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-11262 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 0117/197-II/5/90

Wien, am 18. Mai 1990

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

5239/AB

1990 -05- 23

zu 5377/J

Parlament

1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer, Dr. Partik-Pablé und Eigruber haben am 6.4.1990 unter der Nr. 5377/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Auflassung des Gendarmeriepostens Mining gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist geplant, das Gendarmeriepostenkommando Mining aufzulassen bzw. mit der Dienststelle in Altheim zusammenzulegen und, wenn ja, aus welchen Gründen?
2. Welche Maßnahmen wurden seitens Ihres Ressorts getroffen, um im Falle der Auflassung des Gendarmeriepostens Mining eine flächendeckende Überwachung des Grenzgebietes sicherzustellen?
3. Sind Sie der Überzeugung, daß die Auflassung des Postens Mining mit den Sicherheitsbedürfnissen der ansässigen Bevölkerung zu vereinbaren ist und, wenn ja, warum?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Der mit drei Planstellen systemisierte GP Mining, Bezirk Braunau, wurde mir anstelle des GP Traunkirchen, Bezirk Gmunden, zur Zusam-

menlegung mit dem GP Altheim, Bezirk Braunau, vorgeschlagen, weil von den Vertretern der Gemeinde Traunkirchen massive Bedenken gegen eine Auflassung des GP Traunkirchen vorgebracht wurden. Erst nach Prüfung aller Umstände und Besonderheiten des jeweiligen Postens werde ich eine endgültige Entscheidung darüber treffen, welcher der beiden Posten vorrangig zusammengelegt werden soll.

Beim GP Mining handelt es sich um einen Kleinstposten, dessen Überwachungsgebiet aufgrund der geographischen Lage und der geringen Entfernung zu Altheim von dort aus effizienter als es zurzeit möglich ist überwacht werden kann.

Zu Frage 2:

Im Falle der Auflassung des GP Mining werden dessen drei Planstellen zur Gänze dem GP Altheim zugewiesen, der dann insgesamt einen systemisierten Personalstand von elf Beamten haben und somit auch in der Lage sein wird, die Überwachung des Grenzgebietes sicherzustellen.

Zu Frage 3:

Die Zusammenlegung des GP Mining mit dem GP Altheim ist aus meiner Sicht mit den Sicherheitsbedürfnissen der ansässigen Bevölkerung zu vereinbaren. Durch die vorgesehene Maßnahme kann die sicherheitsdienstliche Betreuung der Bevölkerung wesentlich verbessert werden; denn wertvolle Arbeitszeit, die derzeit für administrative Tätigkeiten auf den Dienststellen verlorenggeht, wird vor allem für den präventiven Überwachungsdienst verwendet werden können.

Flaut (Zan)